

Windparks auf See ohne Stromanschluss

Netzbetreiber schlagen Alarm und warnen die Bundesregierung vor unzureichenden Investitionsbedingungen

■ Offshore-Windparks sollen bis 2030 in Deutschland 15 Prozent des Strombedarfs decken. Doch für die Leitungen fehlt das Geld

Der Netzbetreiber Tennet hat in einem Brandbrief an die Bundesregierung gewarnt, dass der Stromanschluss für Windparks in der Nordsee unter den jetzigen Bedingungen kaum machbar sei. Diese Aufgabe scheitere aufgrund der ständig wachsenden Zahl an Anschlüssen „an fehlenden finanziellen, personellen und materiellen Ressourcen aller Beteiligten“, heißt es in dem Brief an Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU). Das Bundeswirtschaftsministerium versprach, die Investitionsbedingungen für Netzbetreiber zu verbessern und deren Risiken zu mindern.

Bis 2030 sollen Windparks in Nord- und Ostsee mit einer Leistung von 25 000 Megawatt entstehen und so 15 Prozent des Strombedarfs in Deutsch-

land decken. Schon bis 2013 soll die Leistung auf knapp 2000 Megawatt durch das Aufstellen mehrerer hundert Windmühlen im Meer steigen. Doch die Anbindung mit Seekabeln ist kompliziert und teuer.

Der niederländische Übertragungsbetreiber Tennet, der das frühere E.on-Netz in Deutschland übernommen hat und damit für die Anbindung der Windparks in der Nordsee verantwortlich ist, betont, es gebe massive Probleme bei der Beschaffung des Kapitals für den Ausbau der Netze durch das Meer. Das Unternehmen sei bei einem Eigenkapitalwert seines deutschen Netzes von 885 Mio. Euro bereits Investitionsverpflichtungen von weit über fünf Mrd. Euro für die Errichtung von Offshore-Anschlüssen eingegangen. „Die Rahmenbedingungen müssen substanziell nachgebessert und die Lasten künftig auf mehr Schultern verteilt werden“, schreibt Geschäftsführer Martin Fuchs. Das in seinen Worten deutliche Schreiben ging auch an Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) und Kanzleramtschef Ronald Pofalla (CDU).

Die Fristen zur Errichtung des Anschlusses binnen 30 Monaten ab Erteilung der Zusage seien in der Praxis nicht einzuhalten. Derzeit müssten mindestens 50 Monate für Anschlüsse veranschlagt werden, auch weil die Wetterbedingungen und Lieferprobleme große Verzögerungen mit sich bringen könnten. Gefordert wird daher ein rasches Krisentreffen von Bundesnetzagentur und des Bundesamts für Seeschifffahrt und Hydrographie mit allen am Offshore-Ausbau Beteiligten.

„Wenn Tennet den Ausbau nicht schultern kann, müssen andere ran“

Ingrid Nestle Energieexpertin der Grünen

Das Bundeswirtschaftsministerium betonte, man nehme die Sorgen ernst, die Probleme seien bekannt. Die Bundesnetzagentur soll nun eine Lösung zur Beschleunigung der Verfahren suchen. Mit Blick auf fehlendes Geld gelte aber natürlich im Grundsatz, „dass der hinter Tennet stehende niederländische Staat für eine ausreichende Finanzierung verantwortlich ist“. Kommendes Jahr solle aber gesetzlich geregelt werden, dass Netzbetreiber bei Ausfall oder Verzögerung der Offshore-Anbindung nur begrenzt haften müssen. So sollen bessere Anreize für Investitionen geschaffen werden.

Die Grünen-Energieexpertin Ingrid Nestle erklärte: „Wenn Tennet den Offshore-Ausbau nicht schultern kann, müssen andere ran – Netze sind Daseinsvorsorge.“ Die Bundesregierung müsse die Konsequenzen ziehen und die Offshore-Anschlüsse ausschreiben.

Um den Ausstieg aus der Atomenergie zu bewältigen, setzt die Bundesregierung massiv auf Windparks in der Nord- und Ostsee. Bis 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung

auf mindestens 35 Prozent, bis 2030 dann auf 50 Prozent steigen. Windkraft an Land, künftig auch in Süddeutschland, soll dabei den Löwenanteil schultern. Die Erwartungen in Bezug auf den Beitrag von Offshore-Wind hatten sich zuletzt schon deutlich reduziert. So geht der Bundesverband Windenergie (BWE) intern davon aus, dass sich bis 2020 wohl nur 7000 Megawatt Windkraftleistung in Nord- und Ostsee platzieren lassen. Nach den ursprünglichen, noch vom ehemaligen Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) formulierten Zielen, hätte es mehr als doppelt so viel sein sollen.

Der Bau von Windparks auf See ist in deutschen Gewässern eine besondere technische Herausforderung. Aus Umweltschutzgründen müssen die Anlagen weit vor der Küste, in Wassertiefen von bis zu 40 Metern stehen. Damit steigen die Risiken ebenso wie die Finanzierungs- und Wartungskosten. Um den Aufbau voran zu bringen, hatte die Bundesregierung bereits ein Kreditprogramm der Staatsbank KfW im Volumen von fünf Mrd. Euro aufgelegt.